Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

26.02.1992 - Beschlußprotokoll 7. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
7. Sitzung
26. 02. 92
Nr. 13/78 — 13/97

Nr. 13/78

Opfer des Ausländer-Terrors

Große Anfrage der Fraktion der DVU
vom 14. Januar 1992
(Drucksache 13/32)

D a z u

„Opfer des Ausländer-Terrors"

Mitteilung des Senats vom 18. Februar 1992
(Drucksache 13/65)

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt die Aussprache über die Antwort des Senats fort.

Nr. 13/79

Verurteilung von Ausländer-Terror

Antrag (Entschließung) der Fraktion der DVU
vom 6. Februar 1992
(Drucksache 13/48)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/80

Verrat an der DM

Antrag (Entschließung) der Fraktion der DVU
vom 6. Februar 1992
(Drucksache 13/49)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/81

Gesetz zu dem Abkommen über die erweiterte Zuständigkeit der mit Aufgaben des Strafvollzugs beauftragten Bediensteten der Länder

Mitteilung des Senats vom 14. Januar 1992
(Drucksache 13/33)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 13/82

Ermächtigung für die Finanzdeputation zur Regelung des Verfahrens bis zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1992

— Gesetz zur vorläufigen Haushaltsführung der Freien Hansestadt Bremen im Jahre 1992 —

Mitteilung des Senats vom 14. Januar 1992
(Drucksache 13/34)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Februar 1992

(Drucksache 13/62)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 13/83

Gesetz zu dem Abkommen über die Zuständigkeit des Amtsgerichts Hamburg für die seerechtlichen Verteilungsverfahren

Mitteilung des Senats vom 21. Januar 1992
(Drucksache 13/38)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 13/84

Wahl von 6 Mitgliedern und 12 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend den nachfolgenden Wahlvorschlägen.

Von der SPD-Fraktion:

Prof. Pottschmidt, Günter	1. Stellvertreter: Lissau, Uwe
	2. Stellvertreterin: Derleder, Annegret
Prof. Dr. Rinken, Alfred	1. Stellvertreter: Dr. Großmann, Ruprecht
	2. Stellvertreter: Alexy, Hans

Von der CDU-Fraktion:

Prof. Dr. Dodenhoff, Wilhelm	1. Stellvertreter: Prof. Dr. Klein, Eckart
	2. Stellvertreter: Dr. Müffelmann, Herbert
Dr. Pawlik, Peter-Michael	1. Stellvertreter: Wulf, Friedrich
	2. Stellvertreter: Friedrich, Peter

Von der Fraktion DIE GRÜNEN:

Prof. Dr. Preuß, Ulrich K.	1. Stellvertreterin: Dr. Lenze, Annegret
	2. Stellvertreterin: Sokol, Bettina

Von der FDP-Fraktion:

Prof. Dr. von Münch, Ingo	1. Stellvertreter: Dr. Castringius, Arnold
	2. Stellvertreter: Dr. Beutler, Bengt

Nr. 13/85

Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs leisten gemäß § 4 Absatz 5 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich das mir anvertraute Amt eines Mitglieds des bremischen Staatsgerichtshofs gewissenhaft und unparteiisch ausüben, die Gesetze und rechtlichen Gewohnheiten nach meinem besten Wissen und Gewissen anwenden und mich jederzeit für die demokratische Staatsform im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen einsetzen werde."

Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs leisten den Eid mit folgenden Worten:

Herr Prof. Günter Pottschmidt: „Das schwöre ich."

Herr Uwe Lissau: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Frau Annegret Derleder: „Das schwöre ich."

Herr Prof. Dr. Alfred Rinken: „Das schwöre ich."

Herr Dr. Ruprecht Großmann: „Das schwöre ich."

Herr Hans Alexy: „Das schwöre ich."

Herr Prof. Dr. Wilhelm Dodenhoff: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Herr Dr. Peter-Michael Pawlik: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Herr Friedrich Wulf: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Herr Peter Friedrich: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Herr Prof. Dr. Ulrich K. Preuß: „Das schwöre ich."

Frau Dr. Annegret Lenze: „Das schwöre ich."

Frau Bettina Sokol: „Das schwöre ich."

Herr Prof. Dr. Ingo von Münch: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Herr Dr. Arnold Castringius: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Herr Dr. Bengt Beutler: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Herr Prof. Dr. Helmut Heinrichs: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Herr Dr. Peter Bote: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Nr. 13/86

MARPOL-Schiffsentsorgung

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 12. Februar 1992
(Drucksache 13/58)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß das Land Bremen gemeinsam mit den deutschen Küstenländern die kostenlose Öl- und Chemikalienentsorgung in den Häfen nach Auslaufen des Demonstrationsvorhabens ab 1. Juni 1991 fortgesetzt hat. Sie begrüßt weiterhin, daß auch der Koalitionssenat diese umweltfreundliche Schiffsentsorgung zunächst fortführen will.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Bemühungen des Senats zur Schaffung gesetzlicher Grundlagen, die zur Einführung einer allgemeinen Entsorgungsgebühr beitragen können.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, über eine Bundesratsinitiative bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß sie umgehend mit den Nordseeanliegern eine wettbewerbsneutrale Schiffsentsorgung erreicht sowie ein einheitliches und abgestimmtes Verfahren bei der Entsorgung vereinbart.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) wiederholt ihre Forderung, daß die Nordsee nach allen MARPOL-Anlagen unverzüglich zum Sondergebiet erklärt wird. Sie fordert den Senat auf, sich dafür erneut bei der Bundesregierung einzusetzen.

Nr. 13/87

Tiertransporte

Antrag der Fraktionen DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der CDU
vom 26. Februar 1992
(Neufassung der Drs. 13/59 vom 14. 02. 92)
(Drucksache 13/71)

Eingedenk des Grundsatzes des Tierschutzgesetzes, daß der Mensch Verantwortung für das Tier als Mitgeschöpf trägt und dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen hat, verurteilt die Bürgerschaft die tierquälerischen Mißstände, die bei Tiertransporten auftreten. Die Bürgerschaft kritisiert deshalb die unzureichenden gesetzlichen Regelungen der Transportbedingungen, die zu hohe Ladedichten, unzureichende Tränkung, Fütterung und Ruhepausen vorsehen.

Die im November 1991 erlassene „EG-Richtlinie des Rates über den Schutz von Tieren beim Transport" verschärft zwar die Kontrollverfahren und bestimmt eine verbesserte Ausbildung der Transportfahrer. Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert jedoch, daß bis heute Vorschriften für Ladedichten und Ruhezeiten der Tiere während des Transports ausstehen und keine Höchstdauer für Tiertransporte vorgegeben ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, sich über den Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung und dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dafür einzusetzen, daß in die „EG-Richtlinien zum Schutz von Tieren beim Transport" folgende Punkte aufgenommen werden:

— eine Begrenzung der Fahrtdauer beim Transport von Schlachttieren auf acht Stunden,

— bei Importen von Schlachttieren eine Transportbeschränkung bis zum nächsten Schlachthof,

— eine artgerechte Tränkung und Fütterung der Tiere,

— tierartgerechte Ladedichten.

Nr. 13/88

Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft nach § 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes
vom 14. Februar 1992
(Drucksache 13/61)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Nr. 13/89

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputationen

Antrag des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
vom 14. Februar 1992
(Drucksache 13/60)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/90

Aussetzung der Entscheidung über eine Anhebung der Diäten
Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (GRÜNE)
vom 21. Februar 1992
(Drucksache 13/67)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/91

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputationen
— Einsparungen bei der politischen Führung —
Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und der CDU
vom 26. Februar 1992
(Drucksache 13/70)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der FDP und der CDU vom 26. Februar 1992
(Drucksache 13/72)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß die beabsichtigte Erhöhung der Entschädigung für Abgeordnete und Deputierte auf der Grundlage des Gutachtens der unabhängigen „Kommission über die Angemessenheit der Entschädigung für das Kalenderjahr 1990", bestehend aus Fachleuten der Wirtschaft und öffentlichen Institutionen, angemessen ist. Mit der Anhebung erst zum 1. Januar 1992 und Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1992 bleibt die Erhöhung unterhalb der Inflationsrate. Die Bürgerschaft (Landtag) weist darauf hin, daß diese zu versteuernden Entschädigungen für die Abgeordneten Einkommenscharakter haben und insofern nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden dürfen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß die beschlossenen Sparmaßnahmen für den öffentlichen Dienst auch von der Bremischen Bürgerschaft zu erbringen sind. Die Bremische Bürgerschaft erbringt aus ihren Haushaltsmitteln einen Einsparungsbetrag mindestens in der Höhe der Mehrausgaben der Abgeordnetenentschädigungen.

   Dies gilt insbesondere für z. B. Deputationsreisen und Reisen des Bürgerschaftsvorstandes, für Klausurtagungen der Fraktionen, für Einzelreisen sowie für entstehende Druckkosten bei Stadtbürgerschaftsprotokollen und -vorlagen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet zu den Haushaltsberatungen im August 1992 vom Vorstand einen Bericht über die konkreten Einspar- und Einnahmemöglichkeiten.

Nr. 13/92

Wahl von 7 Vertrauensleuten und 7 Vertretern des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richter des Verwaltungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend den nachfolgenden Wahlvorschlägen.

Mitglied	Stellvertreter/in
Von der SPD-Fraktion:	
Gerbracht, Walter	Reimann, Hans-Joachim
Schweingruber, Thea	Benoit, Ingomar
Tallert, Alfons	Brümmer, Rolf
Von der CDU-Fraktion:	
Hockemeyer, Bernd	Bultmann, Alfred
Förster, Ingeborg	Landmann, Joachim
Von der Fraktion DIE GRÜNEN:	
Oppermann, Helmut	Busch-Geertsma, Volker
Von der FDP-Fraktion:	
Raspe, Gisela	Kleine-Jäger, Uwe

Nr. 13/93

Wahl von 4 Mitgliedern des Stiftungsrats der Stiftung „Wohnliche Stadt"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend den nachfolgenden Wahlvorschlägen.

Von der SPD-Fraktion:

Barsuhn, Reinhard

Fluß, Manfred

Von der CDU-Fraktion:

Pflugradt, Helmut

Von der Fraktion DIE GRÜNEN:

Bernbacher, Christa

Nr. 13/94

Maßnahmen zum Schutz der Weser

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 20. Februar 1992
(Drucksache 13/63)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß der Senat in seiner Regierungserklärung vom 12. Februar 1992 die Weser als ein bestimmendes Element für Bremen und ihren Stellenwert für eine integrative Stadtplanung nachdrücklich hervorgehoben hat.

Neben den damit angesprochenen vielfältigen Aspekten bleibt die Frage des Wassergütezustandes der Weser weiterhin von zentraler Bedeutung.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in der vergangenen Legislaturperiode wiederholt über Maßnahmen zur Verbesserung der gewässerökologischen Situation der Weser diskutiert und Forderungen für ein umfassendes Schutzkonzept aufgestellt.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur Juni-Sitzung 1992 einen Sachstandsbericht vorzulegen, der insbesondere Bezug nimmt zu den in der Drucksache 12/780 vom 31. Januar 1990 aufgestellten Forderungen.

Nr. 13/95

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1
vom 18. Februar 1992
(Drucksache 13/64)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/96

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Gesundheit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Dr. Wilhelm B r i n g m a n n

anstelle des verstorbenen Ernst-Georg Schmidt zum Mitglied der Deputation für Gesundheit.

Nr. 13/97

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Stabile Währung für ein geeintes Europa
   Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
   vom 24. Februar 1992
   (Drucksache 13/68)
2. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Inneres

Druck: Hans Krohn, Bremen